

Ergebnisprotokoll und Entscheidungsniederschrift der 2. Sitzung des IT-Planungsrat

Top 1	Begrüßung und Nachlese zur ersten Sitzung	<u>Bericht:</u> Vorsitz
--------------	--------------------------------------------------	-------------------------

Die Vorsitzende informierte zur informatorischen Einbindung der Gewerkschaften, dass der Konsultationskreis im BMI befasst worden sei und eine entsprechende Einbindung in diesem Rahmen seitens der Gewerkschaften begrüßt werde.

Mit Bezug auf die detaillierte Tagesordnung kam man überein, zu den als Kurzberichte ausgewiesenen Tagesordnungspunkten künftig kurze, schriftliche Berichte einzureichen. Grundsätzlich könne damit eine Aussprache entfallen.

Beschluss:

Der IT-Planungsrat beschließt das Protokoll zur ersten Sitzung vom 22. April 2010 und stimmt der Tagesordnung mit den folgenden Ergänzungen im TOP „Verschiedenes“ zu:

- Presseberichterstattung (Anmeldung RP)
- AG3 des IT-Gipfels (Anmeldung SN)

Ergebnis:

J	N	E
17	0	0

Top 2	Aufgabenspektrum und Themenfelder des IT-Planungsrats	<u>Bericht:</u> Vorsitz und GS IT-PLR
--------------	--------------------------------------------------------------	---------------------------------------

Zur vorgelegten Erörterungsgrundlage wurde seitens der Geschäftsstelle des IT-Planungsrat (GS IT-PLR), [REDACTED] vorgetragen (s. Anlage Präsentationsfolien). Auf Hinweise von [REDACTED] (zum Justizregister) und [REDACTED] (zu VEMAGS, BAföG und Behördenfinder) führte die Geschäftsstelle aus, dass die Einordnung der Projekte in den Projektlebenszyklus auf Grundlage der Statusberichte der Projekte sowie einer Abstimmung mit den Projektverantwortlichen erfolgt sei. Die Einordnung sei allein in 2. Sitzung des IT-Planungsrat
Bundesministerium des Innern, Berlin

AZ: IT1-190 001-9/0#19

2. Juli 2010

Bezug auf den Projektauftrag vorgenommen worden; dabei verkenne die Geschäftsstelle nicht, dass sich bei einzelnen Projekten ggf. zum Teil weitergehende Potentiale erschließen könnten. Mit Blick auf das Vorhaben S.A.F.E. wies [REDACTED] [REDACTED] darauf hin, dass dieses auch dem Themenfeld Zugänglichkeit zuzuordnen wäre. Die Geschäftsstelle führte dazu aus, dass die Zuordnung der bestehenden Vorhaben zu den Themenfeldern des IT-Planungsrats im Rahmen einer Schwerpunktsetzung erfolgt sei.

Im Ergebnis der Diskussion kam man überein, dass schriftliche Stellungnahmen zur vorgelegten Erörterungsgrundlage binnen zwei Wochen (bis zum 16. Juli 2010) an die Geschäftsstelle des IT-Planungsrats (GS IT-PLR) übermittelt werden können. Falls erforderlich, werde die GS IT-PLR zu einer Besprechung mit den Ländern einladen. Zudem wurde festgehalten, dass Vorschläge für Koordinierungsprojekte (2. Projektkategorie) von den Mitgliedern eingebracht werden sollen.

Mit Blick auf den Beschluss findet der Antrag von [REDACTED] [REDACTED] zu Beschlussziffer 2, die Kategorie 1 als Steuerungsprojekte zu bezeichnen, die Zustimmung. Gleichmaßen findet der redaktionelle Änderungsantrag Bayerns zu Beschlussziffer 3 sowie zu Ziffer 4 (die Einrichtung einer *länderoffenen* Kooperationsgruppe) Berücksichtigung.

Beschluss:

- 1) Der IT-Planungsrat nimmt die zur zweiten Sitzung vorgelegte Erörterungsgrundlage „Entwurf zur Analyse der bestehenden Projekte und zukünftigen Themenfelder des IT-Planungsrats“ und Handlungsvorschläge zur Konsolidierung des bestehenden Projekt- und Anwendungsportfolio zur Kenntnis.
- 2) Der IT-Planungsrat beschließt, zukünftig den Projekt- und Anwendungsplan in drei Kategorien zu unterteilen:
 - Kategorie 1 – Steuerungsprojekte
 - Kategorie 2 – Koordinierungsprojekte
 - Kategorie 3 – Anwendungen des IT-Planungsrats
- 3) Die Geschäftsstelle wird beauftragt, einen mit Bund und Ländern abgestimmten Projekt- und Anwendungsplan, auf Basis der Analyse und Priorisierung des

AZ: IT1-190 001-9/0#19

2. Juli 2010

überarbeiteten Entwurfs nach Nr. 1, zur 3. Sitzung des IT-Planungsrats vorzulegen.

- 4) Die Geschäftsstelle wird beauftragt, die Einrichtung einer zunächst bis Juli 2011 befristeten, länderoffenen Kooperationsgruppe zu organisieren, die den fachlichen Austausch mit der EU-Kommission und die Überführung neuer Themen und Maßnahmen in das deutsche E-Government unterstützt.

Ergebnis:

J	N	E
17	0	0

Top 3	Grundsatzerklärung des IT-Planungsrats	<u>Bericht:</u> Vorsitz
--------------	-----------------------------------------------	-------------------------

Es wurde Einvernehmen erzielt, dass Ergänzungen der Geschäftsordnung im Entwurf (E-GO) betreffend das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und zur möglichen Einbindung des Landesdatenschutzes entsprechend dem Vorschlag von [REDACTED] aufgenommen werden (s. Anlage, 4. Entwurf der Geschäftsordnung des IT-Planungsrats).

Die Vorsitzende stellte die Geschäftsordnung zur Abstimmung. [REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Ergebnis:

J	N	E
16	1	0
	[REDACTED]	

Dennoch kam der IT-Planungsrat mehrheitlich überein, die Geschäftsordnung in der zur zweiten Sitzung vorgelegten Fassung mit den enthaltenen Ergänzungen zum Recht auf informationelle Selbstbestimmung und zur möglichen Einbindung eines Vertreters aus dem Kreis der Landesdatenschutzbeauftragten zur Grundlage des weiteren Verfahrens zu machen.

AZ: IT1-190 001-9/0#19

2. Juli 2010

Die Vorsitzende stellte daraufhin die Erklärung zu §10, Ziffern 1 bis 3, der Geschäftsordnung zur Abstimmung (Anlage).

Ergebnis:

J	N	E
16	1	0
	[REDACTED]	

[REDACTED] sagte Prüfung in Rückkopplung mit der JUMIKO innerhalb einer Woche nach der Sitzung zu, ob er der Erklärung so zustimmen könne.

Top 4	Kfz-Wesen	<u>Bericht:</u> Hamburg
--------------	------------------	-------------------------

[REDACTED] wies auf Schwierigkeiten im Projektfortschritt in Abstimmung mit dem zuständigen Bundesressort hin – bereits vor der Evaluierung der Stufe 1 sei es wichtig, Konzepte für die Stufe 2 zu entwickeln. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) möchte mit dieser Konzeptentwicklung erst nach Vorliegen der Ergebnisse beginnen. Die Länder sowie die kommunalen Spitzenverbände betonten die Bedeutung des Vorhabens und forderten eine zügige Umsetzung. [REDACTED] wies dazu auch auf die auch vom Bundeskanzleramt betriebene Initiative zum Bürokratieabbau und seinen Brief an den Chef des Bundeskanzleramtes wegen Kfz-Online hin.

Die Vorsitzende wies mit Blick auf die Beschlussfassung darauf hin, dass Beschlüsse nur einvernehmlich getroffen werden könnten; im Falle der nicht einvernehmlichen Beschlussfassung könne eine Empfehlung des IT-Planungsrats erfolgen. Sie bat mit Blick auf die Position des Bundes um eine Trennung der Beschlussziffern.

Beschluss:

Der IT-Planungsrat hält es für erforderlich, dass die Evaluierung der Stufe 1 gemeinsam von der Federführerin des DOL-Vorhabens „Kfz-Wesen“ und dem zuständigen Bundesressort vorgenommen wird.

AZ: IT1-190 001-9/0#19

2. Juli 2010

Ergebnis:

J	N	E
17	0	0

Empfehlung:

Der IT-Planungsrat bekräftigt den vorgelegten Zeitplan für die Stufen 1 bis 2.

Ergebnis:

J	N	E
16	1	0
	[REDACTED]	

Top 5	DOI Netz e.V.	<u>Bericht:</u> Bund / Hessen
--------------	----------------------	----------------------------------

[REDACTED] berichtet vom Ergebnis der letzten Mitgliederversammlung des DOI Netz e.V. und schlägt die Länder Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz für das Arbeitsgremium vor.

Beschluss:

1) Der IT-Planungsrat beauftragt gemäß § 6 Abs. 2 IT-NetzG das Arbeitsgremium, bei der Steuerung des Betriebs des Verbindungsnetzes die Interessen der Länder einzubringen. Das Arbeitsgremium wird mit den folgenden Ländervertretern besetzt:

- Baden-Württemberg
- Hessen
- Rheinland-Pfalz

Die Besetzung des Arbeitsgremiums kann durch einen Beschluss des IT-Planungsrat geändert werden.

2) Der IT-Planungsrat nimmt den „Sachstand zur Einbeziehung der DENIC für den Betrieb regionaler Top Level Domains (geoTLDs)“ zur Kenntnis.

AZ: IT1-190 001-9/0#19

2. Juli 2010

Ergebnis:

J	N	E
17	0	0

Top 6	Vorhaben D115	<u>Bericht:</u> Bund
--------------	----------------------	----------------------

Von Seiten des Bundes wurde zugesagt, einen konkreten Finanzierungsvorschlag für D115 zu unterbreiten und den Ländern vorzulegen. Zudem wurde von den Ländern ein moderater Kostenrahmen erbeten. Die Vorsitzende führte zum weiteren Verfahren und der beabsichtigten Bund-Länder Besprechung aus und verknüpfte damit die Zielstellung, eine Beschlussfassung in der kommenden Sitzung gut vorbereitet sicherzustellen.

vorgezogen Top 12	IT im Bereich Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)	<u>Bericht:</u> DLT
-----------------------------	------------------------------------------------------------------	---------------------

Nach Einführung in die Thematik durch [REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED] einen Bericht zum Stand der Entwicklung der Software Allegro und zum Gesetzgebungsverfahren. Die Länder und die kommunalen Spitzenverbände betonten erneut die Bedeutung ihrer Einbindung in die Softwareentwicklung Allegro. [REDACTED] hob hervor, dass das BMAS mehrere Gesprächsangebote unterbreitet habe, eine Einbindung der Länder oder der kommunalen Spitzenverbände mit Steuerungswirkung in die Entwicklung der Software der Bundesagentur für Arbeit allerdings nicht möglich sei.

Mit Blick auf eine Beschlussfassung wies die Vorsitzende ergänzend zu ihren diesbezüglichen Ausführungen zu TOP 4 darauf hin, dass ein entsprechender Antrag vom Bund oder drei Ländern eingebracht werden könne, hier allerdings nur ein Beschlussvorschlag des Deutschen Landkreistages vorliege. Im Zuge der entsprechenden Abfrage gaben die Länder mehrheitlich zu erkennen, dass sie sich den Antrag des Deutschen Landkreistages in der Überarbeitung des niedersächsischen IT-Planungsrats zu Eigen machen.

Empfehlung:

- 1) Der IT-Planungsrat stellt fest, dass für die Ausführung des SGB II die informationstechnischen Systeme von Bund, Ländern und Kommunen zusammenwirken müssen.
- 2) Der IT-Planungsrat empfiehlt, hinsichtlich der Planung, Errichtung und des Betriebs der informationstechnischen Systeme im SGB II eine Projekt- und Arbeitsstruktur unter Beteiligung von Bund, Ländern und Kommunen zu etablieren und bittet das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, die Länder und Kommunen sofort in diese Struktur einzubeziehen. Dabei ist auch eine Bestandsaufnahme der derzeitigen informationstechnischen Systeme bei der Ausführung des SGB II sinnvoll.

Ergebnis:

J	N	E
15	1	1
	[REDACTED]	[REDACTED]

Top 7	GDI-DE	<u>Bericht:</u> Bayern
--------------	---------------	------------------------

[REDACTED] berichtete zum Sachstand der Arbeiten von GDI-DE. Es herrschte Einvernehmen, dass die Berichterstattung weiterhin an den IT-Planungsrat erfolgen solle und der IT-Planungsrat über Länder- und fachübergreifende Interoperabilitäts- und Sicherheitsstandards im Bereich Geodaten beschließen müsse.

Top 8	Projekt De-Mail	<u>Bericht:</u> Bund / Nordrhein-Westfalen
--------------	------------------------	--------------------------------------------

[REDACTED] kündigte an, dass der Gesetzentwurf zu De-Mail kurzfristig der Länderabstimmung zugeführt werden solle. In diesem Kontext wurde Einvernehmen erzielt, dass der IT-Planungsrat begleitend informatorisch einbezogen werde. Auf Nachfrage Bayerns bestätigte er, dass die Deutsche Post in das Vorhaben eingebunden sei. Mit Blick auf die Begleitung des Gesetzgebungs-

verfahrens soll das Thema in der dritten Sitzung des IT-Planungsrats erneut behandelt werden.

Top 9	Neuer Personalausweis	<u>Bericht:</u> Bund
--------------	------------------------------	----------------------


 wies darauf hin, dass bei der Antragstellung eines elektronischen Reisepasses datenschutzrechtliche Schwierigkeiten in einigen Behörden aufgetreten seien. Dies gelte es, bei der Einführung des neuen Personalausweises zu vermeiden.  wies auf eine Handreichung zu diesem Thema hin. Zudem, so  solle der Neue Personalausweis auch für ELENA genutzt werden können. Dies wurde von 
, unterstützt.

Auf Vorschlag von  soll das Thema in der dritten Sitzung des IT-Planungsrats erneut behandelt werden. Insoweit schlug 
 vor, einen Landesdatenschutzbeauftragten zu diesem Top in die Sitzung einzuladen.

Top 10	E-Government Gesetz	<u>Bericht:</u> Bund
---------------	----------------------------	----------------------

Die Vorsitzende berichtete zu dem Stand der Planungen für ein E-Government Gesetz. Die Länder wurden gebeten, mögliche Anregungen an die zuständige Abteilung zu übermitteln.

Top 11	LÜKEX 2011	<u>Bericht:</u> Bund
---------------	-------------------	----------------------

Mit Hinweis darauf, dass die sog. Kernübungsländer noch ausgewählt werden, wurde kein Beschluss zur Entsendung eines Ländervertreeters in den Lenkungsausschuss der LÜKEX 2011 gefasst. Eine Benennung soll im Nachgang zur zweiten Sitzung erfolgen; Vorschläge würden insoweit erbeten.

Top 13	Informationen zu den Verhandlungen über IT-Rahmenverträge	<u>Bericht:</u> Bund
---------------	------------------------------------------------------------------	----------------------

[REDACTED] berichtete zum Stand der Verhandlungen über IT-Rahmenverträge mit Microsoft, die prinzipiell auch von Ländern und Kommunen genutzt werden könnten. Bei Interesse solle das BMI kontaktiert werden.

Top 14	Kryptierte Mobiltelefone	<u>Bericht:</u> Bayern
---------------	---------------------------------	------------------------

[REDACTED] berichtete über die in Bayern geplanten Tests. Dabei werde insbesondere auf interoperable Lösungen der Hersteller Wert gelegt.

[REDACTED] wies darauf hin, dass Bund und Länder zu einem gemeinsamen Beschluss für die Nutzung des SNS-Standards kommen sollten. Dieser Vorschlag wurde einvernehmlich unterstützt.

Top 15	Internetauftritt und Informationssystem	<u>Bericht:</u> GS IT-PLR
---------------	------------------------------------------------	---------------------------

Seitens der GS IT-PLR führte [REDACTED] aus, dass aus Ressourcen-Gründen ein stufenweiser Ausbau des Internetauftritts sowie ein stufenweiser Aufbau des Informationssystems geplant seien. Als Grundlage für die Webseite werde der bisherige Auftritt von Deutschland-Online genutzt. Hierzu werde die GS IT-PLR bis zur dritten Sitzung eine Demonstration vorbereiten. Für das Informationssystem solle bis zur Evaluierung zur vierten Sitzung der Circa-Server genutzt werden. Diesen Vorschlägen wurde zugestimmt.

Top 16	Einsatz eines Videokonferenzsystems beim IT-Planungsrat	<u>Bericht:</u> Rheinland-Pfalz
---------------	----------------------------------------------------------------	---------------------------------

[REDACTED] leitete in das Thema ein und schlug eine Prüfung vor, wie eine Teilnahme an den Sitzungen des IT-Planungsrats per Videokonferenz gestaltet werden könne. Da im DOI Netz e.V. gerade eine Machbarkeits- und Kostenanalyse erarbeitet werde, solle diese im IT-Planungsrat nach Vorliegen zur Kenntnis genommen werden, um danach über mögliche weitere Schritte zu entscheiden. Von der vorgeschlagenen Beschlussfassung wurde vor diesem Hintergrund abgesehen.

Top 17	Veröffentlichungen des IT-Planungsrats	<u>Bericht:</u> Vorsitz
---------------	-----------------------------------------------	-------------------------

Nach einvernehmlicher Verständigung zu einer grundsätzlich transparenten Veröffentlichungspraxis mit Blick auf den Gedanken des Open Government wurde folgender Beschluss gefasst.

Beschluss:

Der IT-Planungsrat beschließt, dass bei der Veröffentlichung von Entscheidungen (Beschlüsse und Empfehlungen) im elektronischen Bundesanzeiger gemäß § 1 Abs. 5 Satz 3 IT-Staatsvertrag künftig im konkreten Einzelfall entschieden wird.

Ergebnis:

J	N	E
17	0	0

Top 18	Klausurtagung 2010	<u>Bericht:</u> Vorsitz
---------------	---------------------------	-------------------------

Die Vorsitzende stellte erneut die geplante Klausurtagung vor. Zum vorgeschlagenen Ablauf besteht weitgehend Einvernehmen. [REDACTED] bat darum, mehr Zeit für die interne Diskussion zu verwenden. Diesem Vorschlag wurde zugestimmt. Zudem regte der [REDACTED] an, das Thema Datenschutz stärker zu berücksichtigen.

Top 19.1	Erfassung von öffentlichen WLAN Netzen (Google).	<u>Bericht:</u> Bayern
-----------------	---------------------------------------------------------	------------------------

[REDACTED] berichtete vom Einlenken von Google bei der Erfassung von öffentlichen WLAN-Netzen. Auch in anderen Ländern (z.B. den USA) wurden gegen Google wegen der Erfassung von WLAN-Nutzerdaten z.T. Ermittlungsverfahren eingeleitet. Derzeit rüstet Google seine Kamerafahrzeuge um.

Top 19.2	Pressearbeit	<u>Bericht:</u> Rheinland-Pfalz
-----------------	---------------------	---------------------------------

█ regte an, nach den Sitzungen des IT-Planungsrats gemeinsame Presseerklärungen der Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden herauszugeben. Außerdem schlug er vor, nach der Klausurtagung und dritten Sitzung ein Hintergrundgespräch mit der Fachpresse zu führen. Beide Vorschläge wurden angenommen.

Top 19.3**AG 3 des IT-Gipfels**Bericht: Sachsen

█ wies darauf hin, dass die ostdeutschen Bundesländer in der AG 3 des IT-Gipfels seiner Auffassung nach nicht vertreten seien.

Top 4	Kfz-Wesen	<u>Bericht:</u> Hamburg
--------------	------------------	-------------------------

Beschluss:

Der IT-Planungsrat hält es für erforderlich, dass die Evaluierung der Stufe 1 gemeinsam von der Federführerin des DOL-Vorhabens „Kfz-Wesen“ und dem zuständigen Bundesressort vorgenommen wird.

Empfehlung:

Der IT-Planungsrat bekräftigt den vorlegten Zeitplan für die Stufen 1 bis 2.

vorgezogen Top 12	IT im Bereich Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)	<u>Bericht:</u> DLT
-----------------------------	----------------------------------------------------------------------	---------------------

Empfehlung:

- 1) Der IT-Planungsrat stellt fest, dass für die Ausführung des SGB II die informationstechnischen Systeme von Bund, Ländern und Kommunen zusammenwirken müssen.
- 2) Der IT-Planungsrat empfiehlt, hinsichtlich der Planung, Errichtung und des Betriebs der informationstechnischen Systeme im SGB II eine Projekt- und Arbeitsstruktur unter Beteiligung von Bund, Ländern und Kommunen zu etablieren und bittet das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, die Länder und Kommunen sofort in diese Struktur einzubeziehen. Dabei ist auch eine Bestandsaufnahme der derzeitigen informationstechnischen Systeme bei der Ausführung des SGB II sinnvoll.

Top 17	Veröffentlichungen des IT-Planungsrats	<u>Bericht:</u> Vorsitz
---------------	-----------------------------------------------	-------------------------

Beschluss:

Der IT-Planungsrat beschließt, dass bei der Veröffentlichung von Entscheidungen (Beschlüsse und Empfehlungen) im elektronischen Bundesanzeiger gemäß § 1 Abs. 5 Satz 3 IT-Staatsvertrag künftig im konkreten Einzelfall entschieden wird.